

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Gebr. Krensch, Dresden und Schif. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kaufstadt und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen „Rath der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Telefon 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Nonpareilzeile 40 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mitgefuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Goldpf.

Nr. 56

Dresden, Donnerstag den 6. März 1924

35. Jahrg.

Die Sozialdemokratie gegen die Reaktion

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Am Mittwoch trat der Reichstag nach mehrtägiger Pause zur Fortsetzung der großen Aussprache wieder zusammen. Es ist die erste große Debatte, die er in diesem Jahre führt — und es scheint augenblicklich so gut als sicher, daß es auch die letzte des gegenwärtigen Reichstages ist.

Während der mehrtägigen Pause hat sich eine Wendung in der parlamentarischen Lage nicht ergeben. Die Regierung besteht auch jetzt noch darauf, daß Abänderungen an den Notverordnungen von dem jetzigen Reichstag nicht mehr vorgenommen werden. Die bürgerlichen Regierungsparteien, mit Ausnahme des Zentrums, haben trotz dem Abänderungsanträge eingebracht, verzichtet aber ohne den geringsten Protest auf ihre Beratung. Sie selbst betrachten also ihre Anträge, wie Genosse Dr. Breitfeld in seiner ausgezeichneten Rede erklärte, lediglich als „Schaugerichte für die Wähler“. Das wird jetzt zwar bestritten, aber bisher sind uns die bürgerlichen Parteien immer noch die Erklärung dafür schuldig, welchen Sinn es überhaupt hat, Anträge einzubringen, ohne sie zu beraten und auf ihre Erledigung zu drängen oder Kritik zu üben, ohne daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die einzige Fraktion, die sich ihrer verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber dem Volke noch wie vor bewußt bleibt, ist die Sozialdemokratie. Sie verzichtet keineswegs auf eine ordnungsgemäße Beratung ihrer Anträge, und ist bereit, wie Breitfeld am Mittwoch im Namen der Fraktion erklärte, jede Konsequenz ihrer Haltung auf sich zu nehmen.

Der Regierung scheint die Entwicklung der parlamentarischen Lage jetzt selbst unangenehm zu sein. Sie beabsichtigt deshalb zwar nicht, auf die Auflösung des Reichstages, die sie als letzte Konsequenz immer wieder androht, zu verzichten, versucht man aber, für ihre Absicht eine andere Begründung zu finden als sie bisher in Aussicht genommen war. Die Regierungsparteien leisten ihr hierbei willige Hilfe. Es verlaute, daß sie vor Abschluß der jetzigen Debatte dem Reichstag eine Formulierung vorlegen wollen, die in kurzer Form die Politik des Kabinetts schildert und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Regierung weiterhin die bisher betriebene Innen- und Außenpolitik betreibt. Es handelt sich also nicht um einen positiven Vertrauensantrag, sondern um eine Formulierung, über deren Ablehnung der Reichstag stolpern soll. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß diese Formulierung nur bei den Regierungsparteien, also lediglich bei einer Minderheit des Reichstages Anhang findet und infolgedessen bei der Abstimmung abgelehnt wird. Darüber herrscht auch bei den Regierungsparteien vollkommene Klarheit. Das ergibt sich klar aus dem am Mittwoch von der Zentrumsfraktion gefassten Beschluß, die Regierung aufzufordern, schon für den 6. April die Neuwahlen zum Deutschen Reichstag auszusprechen. Wird also der Antrag der Koalitionsparteien abgelehnt — und das ist so sicher wie zweimal zwei — dann beschließt das Kabinett, daraus ein Wahlkampfprogramm zu schöpfen und den Reichstag mit der Begründung aufzulösen, daß mit ihm auf Grund der bevorstehenden Wahlen positive Arbeit nicht mehr zu leisten ist. Im Übrigen aber die Zusammenfassung des Parlamentarismus bei einem Rücktritt der Regierung eine Kabinettsneubildung nicht ermöglicht. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß spätestens Mitte nächster Woche der Reichstag sein Ende findet. Die Politik des Kabinetts, schon am Sonnabend ihren Willen zu veranschaulichen und den Reichstag nach Hause zu schicken, dürfte kaum in Erfüllung gehen.

Der Sozialdemokratie kann es gleichgültig sein, ob sie die Wähler zum 6. April oder 4. Mai oder zum 6. Juni zur Wahlurne ruft. Jedenfalls hat sie in dem Kampf gegen ein diktatorisches Willkürregiment, wie es die Regierung auch in Zukunft betreiben will, ihren Mann gestanden. Sie hat ihrer verfassungsmäßigen Pflichten durchaus bewußt und hat entsprechend gehandelt, während die bürgerlichen Parteien der Regierung zuliebe darauf verzichteten, dem Willen des Volkes gerecht zu werden. Das Volk wird, wenn notwendig, am 6. April, auch hierüber ein Urteil fällen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Mittwochabend nach kurzer Beratung an ihrer bisherigen Auffassung über die Behandlung der Notverordnungen festzuhalten und auf einer ordnungsgemäßen Erledigung ihrer Anträge zu bestehen. In Anbetracht dessen, daß sie das Recht auf ihrer Seite hat, muß die Fraktion der Regierung die Verantwortung für die Folgen einer Reichstagsauflösung um so weniger Augenmaß überlassen.

Der Sitzungsbericht

Berlin, 6. März 1924.

Der Eintritt in die Tagesordnung der Mittwochssitzung des Reichstages gab Abg. Dr. Gremer (D. Vp.) eine Erklärung ab: „In der Sitzung am 28. Februar löste der bürgerliche Abgeordnete Dr. Müller die Ablehnung seiner schweren Angriffe auf den Reichsausschussminister vor allem bei der Deutschen Volkspartei eine außerordentliche Enttäuschung aus, die sich durch eine Reihe scharfer Äußerungen äußerte. Von mir fiel der Zusatz

„Deutschvölkischer Hochverräter!“

Ich konnte nicht ertragen, daß diese Kennzeichnung bei Herrn Wulle und seinen politischen Freunden, die sich seit langer Zeit des öffentlichen Bekenntnisses zu hochverräterischen Absichten und Umtrieben nicht scheuen, besonderes Mißfallen erwecken würde. Am 1. März nachmittags suchte ich in den Räumen des Reichstages im Auftrage der drei deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe, Penning und Wulle ein Herr auf und ersuchte mich, die Bezeichnung zurückzunehmen. Ich präziserte meine Stellung dahin, daß ich für Aufhebungen in der Parlamentarisation mich außerhalb des Parlaments nicht zur Rechenschaft ziehen ließe, jedoch bereit sei, meine Äußerung außerhalb des Reichstages zu wiederholen, um vor Gericht ihre Wahrheit zu beweisen. Die Zurücknahme der Bezeichnung „Hochverräter“ für die drei Herren lehnte ich ab. Darauf überbrachte mir der Herr für jeden der drei deutschvölkischen Abgeordneten eine Forderung auf

„Pistole bis zur Kampfunfähigkeit.“

Ich lehnte diese Forderung ab, da sich nicht mit Pistolen, sondern nur mit Beweisen entscheiden läßt, ob die drei Abgeordneten des Hochverrats schuldig sind oder nicht; für den Ausgang von Streitigkeiten sachlicher Art kommen für mich außerdem nur gesetzliche Wege in Betracht. Von dem terroristischen Versuch, die Kritik in diesem Hause durch die Bedrohung mit einer Serie von Pistolenforderungen zu unterbrechen, gebe ich dem Hause und der Öffentlichkeit Kenntnis und erhebe Protest gegen einen derartigen Eingriff in die verfassungsmäßige Immunität, der von Abgeordneten ausgeht, die dauernd die Rechte der Immunität für sich selbst in Anspruch nehmen.“

Abg. v. Graefe (Deutschv.): Ich lehne es ab, mich mit Herrn Dr. Gremer, der als Hauptmann auch die Offiziersuniform getragen hat (Rufe: Heil! Heil!), über Ehrenkündel und seine Auffassung von solchen auseinandersetzen. Dazu wird sich vielleicht eine andere Gelegenheit finden. (Umruhe. Zurufe: Erbberger! Rathenau!)

Ein Antrag des Abg. Heidemann (Komm.), mit der politischen Aussprache einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Abtreibungsparagrafen zu verbinden, scheitert an dem Widerspruch der Rechten.

Bei der Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache erhält das Wort

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.):

Es ist immerhin bezeichnend, daß die drei völkischen Abgeordneten hier den Vorwurf des Hochverrats anders entgegennehmen als ihre Gefinnungsfreunde in München, die sich anfangs dazu bekennen. Wenn die Methode allgemein eingeführt wird, solche Vorwürfe mit dem Schiefspieß zu widerlegen, dann kann Herr Emminger seinen Justizabbau noch viel weiter treiben.

(Heiterkeit.) Allerdings verziehe ich nicht, daß Herr Wulle und seine Freunde ihre löbliche Person so leichtfertig aufs Spiel setzen, wodurch das Vaterland in Gefahr kommt, wertvolle Kräfte für den Wiederaufbau zu verlieren.

Die Rede des Reichsanwalters konnte nur so aufgefaßt werden, daß er schon eine gründliche Beratung von Abänderungsanträgen als eine Gefährdung der Wahrung betrachtet und daß es daher zweckmäßiger sei, den Reichstag nach Hause zu schicken. Wir können uns dadurch

in unrer sachlichen Stellungnahme nicht beeinflussen lassen.

Ich möchte beinahe vermuten, daß für manche Mitglieder der Regierung die Gelegenheit zur Auflösung unter dem Eindruck der Wahlen in Thüringen und Mecklenburg besonders günstig erscheint. Sind die Abänderungsanträge der Regierungsparteien nur ein Schaugericht für die Wähler? Wir bestreiten entschieden, daß unsere Anträge geeignet sind, die Stabilität der Rentenmark zu erschüttern. Die Deutschnationalen, die jetzt Helferrich als Vater der Rentenmark und Vetter des Vaterlandes preisen, haben bei ihrer Einführung die Verantwortung abgelehnt. Das Verdienst für die Rentenmark hat der Reichsfinanzminister der damaligen Regierung zugeschrieben, und das war die Regierung der großen Koalition mit unserem Freund Hilferding als Finanzminister. Damals hat Herr Helferrich den Gedanken der Roggenmark vertreten, über deren Stabilität man sich ein Bild machen kann, wenn man das Schwanken des Roggenpreises in den letzten Monaten betrachtet. Von unserer Seite wird nichts gefürchtet. Die Stabilität der Währung, an der die Arbeitermassen das größte Interesse haben, an erschüttern. Aber im deutschnationalen Lager gibt es auch noch andere Vorschläge zur Stabilisierung der Rentenmark. Im Verwaltungsrat der Rentenbank hat der Schwerfriegsbedienter Hiltner unlängst ein sehr einfaches Mittel vorgeschlagen: Wer an der Güte der Rentenmark zweifelt, den muß man stundenlang in die Presse schlagen! (Heiterkeit.) Das ist geschmacklos und einfach. Damit sind alle Beratungen fingen und steuerpolitischer sowie währungsrechtlicher Sachverhalte überflüssig. Der Reichsanwalters bezeichnet die Reformen auch nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes als unanfechtbar, und sieht darin den „Sinn der Demokratie“. Diese Auffassung von Demokratie, auf einen parlamentarischen Mehrheitsbescheid eine Diktatur zu gründen, die zeitlich weit über den Ablauf des beschlossenen Gesetzes hinausgeht, scheint mir höchst formalistisch zu sein.

Die Demokratie des Reichsanwalters Marx

erinnert daran, was Graf Westarp unter Demokratie versteht. Er will eine Regierung, gestützt auf die Berufsstände der Landwirtschaft.

Der Sturz des Kalifats

Alle im Weltkrieg unterlegenen Staaten haben ihre Dynastien weggejagt. Erst vor wenigen Wochen hat Griechenland, das im Kriege gegen die Türkei geschlagen wurde, seinen König in die Wüste geschickt, und nun hat auch die türkische Nationalversammlung fast gleichzeitig mit der Ausrufung der Republik den Sultan und mit ihm zugleich den Kalifen abgesetzt. Darin unterscheidet sich allerdings die türkische Maßnahme von den übrigen Monarchenvertreibungen, als die Absetzung des Kalifen und die Abschaffung des Kalifats weit über die Grenze rein türkischer Angelegenheiten hinausgreifen.

Die Stellung des Kalifen ist für die islamische Welt ungefähr die gleiche wie die des Papstes für die katholische Christenheit. 200 Millionen Mohammedaner, die sich in der Hauptsache auf Asien und Afrika verteilen, also eine Glaubensgemeinschaft, die fast so groß ist wie die katholische, wird durch den Beschluß des türkischen Parlamentes mitgetroffen.

Schon der erste Nachfolger des Propheten, der Ansel Mohammeds, führte für sich den Titel des Kalifen, d. h. des Statthalters des Propheten. In der Folgezeit war bis zum Höhepunkt der Arabischen Weltreichs der Kalif gleichzeitig der politische Herrscher aller Gläubigen. Erst nach dem Zusammensturz der Araberherrschaft und nach dem Aufstieg bisher untergeordneter Völkchenführer begann der politische Machtkampf um die Kalifenwürde, den schließlich das tatkräftigste und erfolgreichste der kriegerischen Türkenvölker, das osmanisch-türkische Volk, siegreich bestand. Seit dieser Zeit ist die Kalifenwürde mit der Person des türkischen Sultans verbunden gewesen und damit ist die Türkei die anerkannte Vormacht unter den islamischen Völkern geworden.

Aus diesen Tatsachen erst ergibt sich die weittragende Bedeutung der Abschaffung des Kalifats durch die Vertreter eines Volkes, das nur etwa den vierzigsten Teil aller Mohammedaner umfaßt. Wenn die Pariser Zeitung Ihre Worte die Abschaffung des Kalifats als den „Selbstmord der Türkei“ bezeichnet, so dürfte darin ein Körnlein Nichtiges sein, denn dieser Beschluß wird nicht nur die islamische Welt tief verletzen, sondern auch die türkische Nation selbst in Bewegung bringen. Die Masse des türkischen Volkes, vielleicht mit einer Einschränkung hinsichtlich der Konstantinopulitiner, ist heute noch dem Islam bis zur Selbstanspöcherung ergeben. Alle Lebensbeziehungen, die Rechtsverhältnisse, die bürgerlichen Verhältnisse, die Familienverhältnisse usw. sind seit undenklichen Zeiten ausschließlich durch den Koran und die darin unmittelbar wurzelnde Schariatgesetzgebung geregelt. Der orthodoxe Türke läßt sich schinden und knechten, aber er

läßt nicht ungestrahlt seine religiösen oder durch die Religion geheiligten Einrichtungen antasten. Das sind leider Tatsachen, die erst eine wirtschaftliche und soziale Entfaltung wird zum Fortschritt wenden können.

Mit der Abschaffung des Kalifats hat das türkische Parlament gleichzeitig beschlossen, auch den Völkern des Scheich ul Islam, des mit ganz besonderen Einflußrechten ausgedachten maßgebenden Ministers für geistliche, Unterrichts- und Rechtsangelegenheiten, einzuziehen. Es handelt sich also um die völlige Ausschließung jeder geistlichen Einflüsse in politisch-türkischen Angelegenheiten. Vom europäischen Standpunkt aus ist die Beseitigung solcher Einflüsse zu begrüßen. Ohne Zweifel ist die allgemeine Rückständigkeit der Türkei und der Muselmanen überhaupt eine Folge der starken religiösen Einflüsse auf alle Beziehungen des Volkslebens und so ist die Beseitigung dieser Einflüsse im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung der Türkei auch erforderlich. Es wäre aber wohl denkbar gewesen, diese Einflüsse allmählich zurückzudämmen und wenigstens zunächst eine Rechtsverfassung des türkischen Staates auf rein bürgerlicher Grundlage zu schaffen. Der plötzliche und überraschende Sturz des Kalifen und des Scheich ul Islam schafft vielleicht Schwierigkeiten, die eine Regierung eines muslimischen Volkes wohl nur unter großem Energieaufwand zu überwinden vermag.

Der Kalif mit samt den zahlreichen Prinzen der Dynastie wird des Landes verwiesen. Damit werden alle etwischen Präzedenzen auf den Sultanthron jenseits der Grenze gebracht; der Sicherheit der Republik ist damit wenigstens vorüberhand ein Dienst geleistet. Man darf aber nicht glauben, daß die osmanische Republik und die türkische Demokratie irgend etwas mit den europäischen Begriffen von Republik und Demokratie gemeinsam haben. Politische und staatsbürgerliche Gleichberechtigung gibt es in der Türkei nicht. Früher war das Volk Werkzeug und Spielball der Minister des Sultans und heute ist es Werkzeug und Spielball der Minister der Nationalversammlung, die fast ohne Ausnahme aus Despoten in Miniaturformat gebildet ist.

Die Abschaffung des Kalifats durch die Türkei wird von den übrigen islamischen Völkern keinesfalls anerkannt, ein so große Aufstachelung kann nicht auf ein Verhören verzichten, wenn sie nicht auseinanderfallen will. Das Kalifat dürfte deshalb wahrscheinlich schon in aller nächster Zeit in einem andern Lande vielleicht unter einem Protektorat neu entstehen. Allerdings wird die zusätzliche politische Macht, die das Kalifat bisher der Türkei gegeben hat, nunmehr dem Lande, das den Kalifen beherbergen wird, zunutze kommen.